

Polizei leitet mehr als 100 Strafverfahren ein

Eigentlich sollte am Wochenende der Opfer der Bombenangriffe auf Dresden gedacht werden. Doch ganz friedlich verliefen die Demonstrationen und Gegenkundgebungen zwischen rechten und Linken in Dresden nicht. Auseinandersetzungen gab es auch auf den Autobahnen bei der An- und Abreise.



Nach dem Aufmarsch von rund 6.000 Rechtsextremen am Sonnabend in Dresden hat die Polizei in etwa 110 Fällen Strafverfahren eingeleitet. Dabei gehe es in 41 Fällen um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, teilte die Polizei am Montag mit. Ermittelt wird außerdem wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Sachbeschädigung.

- [Ermittlungen gegen Rechtsextreme in Chemnitz](#)
- [Ermittlungen nach Neonazi-Überfall in Thüringen](#)

Auch gewaltbereite Linksextremisten sind im Visier der Ermittler. Ihnen wird vorgeworfen, Polizisten mit Steinen beworfen und zahlreiche Einsatzwagen beschädigt zu haben. Etwa ein Viertel der bislang bekannten Tatverdächtigen stammt laut Polizei aus Dresden.

Überwiegend positive Bilanz

Die Polizei hat eine überwiegend positive Bilanz ihres Einsatzes bei den Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Bombenangriffe im Februar 1945 gezogen. Ihre Taktik, Teilnehmer an Veranstaltungen des linken und des rechten Spektrums zu separieren, habe sich als richtig erwiesen, sagte der Dresdner Polizeipräsident Dieter Hanitsch. "Durch die strikte Trennung der Aufzüge konnten wir gegenseitige Provokationen und Auseinandersetzungen verhindern."

Drei Personen festgenommen und 86 in Gewahrsam

Rund 4.300 Einsatzkräfte aus ganz Deutschland waren am Wochenende in Dresden im Einsatz. Sie nahmen drei Personen vorübergehend fest. 86 Teilnehmer wurden wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz kurzzeitig in Gewahrsam genommen. Ein Teil hatte sich verummmt, bei einigen wurde "Passivbewaffnung" festgestellt. Dabei handelt es

sich um Gegenstände oder Kleidungsstücke, die den Träger bei Zugriffen durch die Polizei schützen sollen, zum Beispiel um Schutzhelme.

"Durch die strikte Trennung der Aufzüge konnten wir gegenseitige Provokationen und Auseinandersetzungen verhindern."

Dieter Hanitsch, Dresdner Polizeipräsident

Ausschreitungen zwischen Polizei und Linksextremen

Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es bei einer Demonstration von Linksextremen gegen den Aufmarsch der Rechten. Rund 500 Anhänger der linken Szene wehrten sich aggressiv gegen die Trennung der Protestzüge durch die Polizei. Sie bewarfen Beamte mit Flaschen und Steinen. Dabei wurden 30 Polizisten leicht verletzt. Außerdem wurden zwei Einsatzfahrzeuge umgeworfen und mindestens 18 weitere beschädigt. Die Polizei zählte rund 3.500 Personen in der Stadt, die sie dem linken Spektrum zurechnet.

Tausende Menschen schlossen sich Sternmarsch an

Gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen protestierten laut Polizei rund 6.500 Personen auf friedliche Weise. Sie schlossen sich einem Sternmarsch durch die Stadt an, der in drei Zügen zu einer Kundgebung auf dem Theaterplatz führte. Organisiert wurden die Gegendemonstrationen von dem Bündnis "Geh Denken", dem Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und andere Initiativen angehören. Das Bündnis sprach von bis zu 12.500 Teilnehmern.

Verein des Bündnisses "Geh Denken" kritisiert die Polizei

Der dem überparteilichen Bündnis "Geh Denken" angehörende Dresdner Verein "Bürger.Courage" übte heftige Kritik am Vorgehen der Polizei. In einer Pressemitteilung wies der Vorstandsvorsitzende Christian Demuth darauf hin, dass die Beamten viele Bürger und Bürgerinnen rund um den Theaterplatz nicht zu den Protestveranstaltungen durchgelassen hätten. Die "Deeskalationsstrategie" der Polizei bezeichnete er als "Misserfolg". Mehrere Male sei sie unverhältnismäßig gegen linke Demonstranten vorgegangen.

Zuletzt aktualisiert: 16. Februar 2009, 16:57 Uhr

<http://www.mdr.de/sachspiegel/6132595.html>